



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/260 - 10. November 1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Die Bahn ist frei für eine deutsch-französische Saarverständigung	S. 1
Die Wiener Staatsoper und die österreichische Parteipolitik	S. 3
Das unterbrochene Deutschlandgespräch	S. 5

Beiapielhafte Entwicklung an der Saar

Von Dr. Karl Mommer, MdB

In solcher Ruhe und so vorbildlicher Ordnung hat sich kaum einmal eine Umwälzung vollzogen, wie die, die seit dem 23. Oktober an der Saar im Gange ist. Dabei ist es eine grosse Umwälzung: von einem französisch fundierten Polizeiregime zu einer im Vaterland verwurzelten demokratischen Ordnung. Die Mässigung der Sieger und die Einsicht der Besiegten haben die schnelle Bildung der Übergangsregierung Welsch und die Festsetzung der Neuwahlen auf den 18. Dezember erlaubt. Diese Regierung hat sogleich die unerträglichsten Willkürmassnahmen des früheren Regimes aufgehoben, politisch gemässregelte hohe Beamte wieder in ihre Funktion eingesetzt und die politischen Ausweisungen aufgehoben. Gegen diese Massnahmen wurde von keiner Seite Widerspruch erhoben.

Bei den weiteren Schritten scheint es anders werden zu sollen. Wenn ein politisches Regime stürzt, können von dem Sturz nicht nur die Minister betroffen werden. Unter den Ministern gibt es in jeder Regierung hohe Beamte, die keine neutralen Verwaltungsfachleute, sondern ähnlich wie der Minister politische Exponenten des Regimes sind. Sie haben nicht nur Befehle ausgeführt, sondern selbst Politik - und in diesem Falle Unterdrückungspolitik - gegen die Sieger von heute betrieben. Wenn solche politische Beamten eine gehörige Portion Selbst-

10. 11. 1955

achtung und Charakter besitzen, bitten sie gleich nach dem Umschwung um ihre Beurlaubung; wenn sich diese Eigenschaften nicht besitzen, muss man sie aus dem Dienst entfernen. Als die Regierung Welsch dies mit einigen wenigen hohen Beamten tat und als sie die politische Polizei Hoffmanns auflöste, tat sie nur, was jede demokratische Regierung in vergleichbarer Lage tun würde.

Keine Rache an Ja - Sagern

In Paris aber ist man beunruhigt und warnt die Saarregierung offiziell vor diskriminierenden Massnahmen und der FIGARO kritisiert Kurt Conrad, der ihrem Korrespondenten nach der Volksabstimmung erklärt habe, die deutschen Parteien hätten unter der Unterdrückung vorher so sehr zu leiden gehabt, als dass sich auch nur auf die Idee kämen, sich an den Ja-Sagern zu rächen. Diese Angriffe müssen energisch zurückgewiesen werden, weil sie jeder Grundlage entbehren. Die Korrektheit gegenüber den Besiegten kann nicht bedeuten, dass man ihnen weiter politischen Einfluss garantiert, sondern nur, dass man ihre Freiheit, ihre Person, ihr Hab und Gut und ihre - meist nicht "wohl"-erworbenen - Beamtenrechte respektiert. Das geschieht jetzt, das wird auch geschehen, wenn die Konsequenz der Rückgliederung aus dem 23. Oktober gezogen sein wird, wie es drei Fraktionen des Bundestages in ihrem letzten Saarantrag proklamiert haben.

Separatistische Konspiration in Paris

Diese durch ihr eigenes Verhalten nicht verdiente Grossherzigkeit gegenüber den Separatisten, wird umso leichter sein, je mehr Einsicht sie in die Natur ihrer Niederlage vom 23. Oktober beweisen. Wahlniederlagen im innerpolitischen Kampf der Demokratie sind bei der nächsten Wahl im Prinzip reparabel; diese Niederlage ist irreparabel und verdammt sie - das wird der 18. Dezember beweisen - zu wachsender Bedeutungslosigkeit. Das vermögen sie nicht dadurch zu ändern, dass sie weitere Reisen nach Paris machen und dort, wie in der vorigen Woche Hoffmann, Hector, Schlehofer und Strauß, mit ihrem Leidensgenossen Grandval und anderen französischen Politikern konspirieren. Sie vermögen das auch nicht dadurch zu ändern, dass sie jetzt ein

10. 11. 1955

Überdimensionales deutsches Herz in sich entdecken und nicht dadurch, dass sie, wie der traurige Herr Kunkel, von der politisch schon verblicheneren SPS die Rückgliederung schon für morgen verlangen. Für die Anhänger der separatistischen Parteien gibt es nur ein Rezept, in zwei Varianten: das Bäckerdutzend der Drahtzieher muss sich ins Privatleben zurückziehen und dort die '13ler Pension' verzehren, welche die demokratischen Sieger ihren bisherigen Unterdrückern gewähren; für alle übrigen, die Opfer der Verhältnisse und der Verführung wurden, gilt die Parole: Schwamm drüber, von jetzt ab besser machen! Und ein politischer Tölpel ist der, der sie an das erinnert, was vorher war.

Wechsel bei den Gewerkschaften

Im Gewerkschaftsleben ist alles durch den "Ausbau der Freiheit" und noch mehr durch den 23. Oktober in Bewegung geraten. Die Schande regierungsabhängiger, der Separation verschworener Gewerkschaften besteht praktisch nicht mehr. In den christlichen Gewerkschaften vollzog sich der entsprechende Wechsel in der Führung, die Einheitsgewerkschaft ist durch den Übergang der Industrieverbände zum Deutschen Gewerkschaftsbund Saar kaum noch existent. Nur Herr Welter, der Vorsitzende des Eisenbahnerverbandes, der sich in den vergangenen Jahren den Ruf des intrigantesten Separatisten in der Einheitsgewerkschaft verdient hat, macht weiterhin Winkelzüge und hofft weiter darauf, dass man in der Stromstrasse über Saarsachen schlecht informiert ist.

Verfehlte Machkriegspolitik liquidieren

Im Ganzen ist die Entwicklung an der Saar so erfreulich, wie es kein politischer Träumer sich hätte ausdenken können. Da nichts so viel Erfolg hat, wie der Erfolg, wird die Wahl vom 13. Dezember die Reihen der Separatisten weiter dezimieren. Und was kommt dann? Die nüchternere Haltung der französischen Regierung nach dem 23. Oktober erlaubt es, auch hier hoffnungsvoll zu sein. Wir dürfen es nicht fördern, im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen und der europäischen Zusammenarbeit müssen wir aber Frankreich beschwören, die ganze Konsequenz aus den Saarereignissen zu ziehen und die politische Rückgliederung des Saargebietes alsbald zu gestatten. Auf wirtschaftlichem Gebiet werden auf deutscher Seite alle Beteiligten bereit sein, sich solche französische Einheit etwas kosten zu lassen. Spät, aber doch endlich könnte für den Osten hier ein Exempel statuiert werden. Wie jämmerlich war das bisher, den Russen freie Wahlen und Wiedervereinigung zu predigen, an der Saar aber das Gegenteil zu tun. Man entscheidet sich wenigstens jetzt für die ganze Freiheit, die das Recht auf Wiedervereinigung einschliesst.

Solche Verständigung würde sich sehr bald auch für den Partner als ein Vorteil erweisen, der hier eine verfehlte Machkriegspolitik liquidieren muss. Und dann haben wir ein neues, wie wir glauben wertvolles Argument gegenüber Herrn Molotow: möge er alle Lehren aus dem Scheitern der westlichen 'Realität' der Teilung Deutschlands und aus dem Untergang eines westlichen Grotewohl ziehen.

"Kulturoffensive" in Österreich

F.K., Wien

Am 5. November wurde die Wiener Staatsoper wiedereröffnet, wenige Wochen vorher, am 15. Oktober, das Wiener Burgtheater. Diese für das österreichische Kulturleben, insbesondere für das österreichische Theater, bedeutsamen Ereignisse bilden den Auftakt und zugleich eine Art Höhepunkt einer "Kulturoffensive", zu der sich das befreite Österreich veranlasst fühlt. Es ist eine folgerichtige Entwicklung, dass man sich nach den harten Jahren des Wiederaufbaues und des Kampfes um die Freiheit und Selbständigkeit nun mehr und mehr der kulturellen Aufgaben bewusst wird.

Sowohl das Staatsopergebäude als auch das Gebäude des Burgtheaters, beide auf der prachtvollen Wiener Ringstrasse gelegen, wurde in der letzten Phase des Krieges zerstört, vor allem das Operngebäude mußte praktisch neu aufgebaut werden. Der Wiederaufbau beider Häuser konnte im heurigen Jahr vollendet werden. Das zufällige Zusammentreffen der Fertigstellung der beiden grossen, weltberühmten Bühnenhäuser mit der Wiedererlangung von Freiheit und Unabhängigkeit ist geradezu symbolisch: Das nunmehr freie Österreich kann sich im Bereiche seiner hohen kulturellen Sendung frei entfalten. Burgtheater und Staatsoper gehören zweifellos zu den schönsten Bühnen der Welt. Seiner bisherigen Tradition gemäss ist das Burgtheater das kosmopolitische Theater der Weltliteratur und die erste Sprechbühne deutscher Zunge. Die Staatsoper ist die klassische Stätte einer hohen, international anerkannten Musikkultur.

Angesichts der solcherart verklärten Museen möchte die Kritik schweigen, besonders die politische Kritik. Wo es jedoch um die Frage der kulturellen Weiterentwicklung geht, wäre das eine Sünde wider den Geist. Die beiden massgeblichen politischen Parteien in Österreich unterscheiden sich nämlich auch in ihrer kulturpolitischen Einstellung sehr stark voneinander: Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) bevorzugt als konservative Partei die "Traditionspflege", um bei solchen Gelegenheiten an die "gute alte Zeit" zu erinnern, da man noch ein Kaiserhaus und keine Sorgen über die "Begehrlichkeit" der Arbeiter hatte, die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) will als fortschrittliche Partei die breite Masse des Volkes mit einem kulturellen Bewußtseinsinhalt erfüllen, was freilich leider oft in Widerspruch zu tat-

sächlicher durchschnittlicher Reife und Aufnahmebereitschaft steht.

Das Theater ist nicht der einzige, aber einer der wichtigsten Zweige kulturpolitischer Tätigkeit. Die Bundestheater unterstehen dem Unterrichtsministerium, das sich in den Händen der ÖVP und unter dem Einfluss des erzbischöflichen Ordinariats befindet. Ansonsten ist das Theaterwesen auf Grund der Verfassung Ländersache, das heisst, mit Ausnahme von Wien und von Kärnten überwiegend Sache der konservativen ÖVP. Es ist also kein Wunder, dass sich auch um die Eröffnung der beiden Wiener Staatsbühnen vielerlei gegensätzliche Meinungen ergaben, wobei jeweils die ÖVP ihren Standpunkt durchgesetzt hat. Das fing schon an beim Wiederaufbau des völlig zerstörten Zuschauerraumes der Staatsoper: Die Sozialisten bevorzugten grosse, weite Ränge, die ÖVP hatte lieber viele kleine Logen. Als Eröffnungstück des Burgtheaters wählte die ÖVP Grillparzers 'König Ottokars Glück und Ende', die Sozialisten hätten lieber mit Goethes 'Egmont' begonnen. Dass es ein "Freiheitsstück" sein sollte, war klar, aber 'Ottokar' ist seit 1945 schon zu oft über die Ausweichbühne des Burgtheaters gegangen und kann als Verherrlichung der Habsburger aufgefasst werden, zumindest von jenen, die nicht wissen, dass das Stück seinerzeit von der Habsburger-Zensur verboten war. 'Egmont' hingegen entspräche der bereits erwähnten kosmopolitischen Tradition des Hauses und seiner kulturhistorischen Sendung im gesamten deutschsprachigen Raum.

Die Eröffnung der Staatsoper hatte ein besonders feierliches Gepräge. Abgesehen von den Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung und den Vertretern des diplomatischen Korps war das ganze Haus von der internationalen Geldaristokratie besetzt. Es gab Sitzplätze zu 5000 Schilling und Logen zu 17.000 Schilling.

Für die Staatstheater werden jährlich rund 150 Millionen Schilling an Steuermitteln ausgegeben. Der Wiederaufbau von Oper und Burgtheater kostete ungefähr 380 Millionen Schilling. Die österreichischen Steuerzahler standen auf der herbstlich kalten Wiener Ringstrasse Spalier, als sich die Geldprominenz in ihre Franklogen begab.

Der am 9. November beginnende Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs wird ein kulturpolitisches Aktionsprogramm zum Hauptgegenstand seiner Beratungen haben. Es ist zu erwarten, dass die Kulturoffensive von dieser Seite in eine andere Richtung zielt und im arbeitenden Menschen den Kulturträger der Zukunft erblickt.

Die Lehre von Genf

sp. Das Befürchtete ist eingetreten: die Beratungen über die deutsche Wiedervereinigung und europäische Sicherheit, der Punkt eins der Genfer Tagesordnung, sind unterbrochen worden. Grosse Ansatzpunkte, dass sie im Laufe der Genfer Aussenministerkonferenz wieder aufgenommen werden, bestehen allerdings nicht. Der Beschluss der Aussenminister, das Deutschlandgespräch nicht abzubrechen sondern zu unterbrechen, entspringt der allgemeinen Tendenz, weiter im Gespräch zu bleiben und keine Entwicklung eintreten zu lassen, die wieder zu einer unheilvollen Erstarrung der Fronten mit allen Begleiteracheinungen des Kalten Krieges führt.

Noch ist es verfrüht, über die Deutschlandberatungen vor dem Ende der Genfer Aussenministerkonferenz eine abschliessende Bewertung zu fällen. Einige Tatbestände schieben sich jedoch in aller Deutlichkeit hervor. Auch in Genf, wie schon bei den Moskauer Verhandlungen des Bundeskanzlers, stellte sich die Unvereinbarkeit der Pariser Verträge mit der Wiedervereinigung Deutschlands heraus. Für die Sowjetunion steht die deutsche Wiedervereinigung nach der beginnenden Verwirklichung der Pariser Verträge nicht mehr auf der Tagesordnung der Weltpolitik. Die Bindung der Bundesrepublik an die NATO hat die sowjetische Deutschlandposition sichtbar versteift, statt, wie die Befürworter des westdeutschen Verteidigungsbeitrages annahmen, sie aufzuweichen. Die unnachgiebige Haltung der Sowjetunion in dieser Frage stellen die Westmächte und Bonn, sofern sie es mit der Wiedervereinigung ernst meinen, vor neue Überlegungen.

Allgemeine und freie Wahlen allein öffnen nicht das Tor für die deutsche Wiedervereinigung; Kernpunkt jeder internationalen Deutschlanddiskussion ist der zwischen den Besatzungsmächten zu vereinbarenden Status eines wiedervereinigten Deutschland, das sowohl den Westen wie dem Osten die Furcht vor einem vereinigten Deutschland nimmt. Dieser Kernpunkt ist in den neuntägigen Beratungen nicht berührt worden. Die Westmächte - und sie sind von Bonn dazu nicht veranlasst worden - haben an die Sowjetunion die entscheidende Frage nach dem

10. 11. 1955

Status eines von Militärblöcken freien Gesamtdeutschland im Rahmen eines West und Ost umspannenden Sicherheitssystems nicht gestellt. Das Ausweichen vor diesem Kardinalproblem gibt der Sowjetunion auf lange Sicht neue Trumpfkarten in ihrer Deutschlandpolitik in die Hand, und es beschwört die Gefahr herauf, dass die Weltmächte ihrem sichtbaren Willen zur Entspannung auf Kosten eines zweigeteilten Deutschland betätigen.

Für das deutsche Volk ist das vorläufige Genfer Ergebnis enttäuschend. Mehr als je besteht für den freien Teil unseres Volkes die Verpflichtung, nichts zu unterlassen, was der Stärkung des Zusammenhaltes mit den 17 Millionen der deutschen Mittelzone dient. Die Beziehungen zwischen der Bevölkerung der Zone und der Bundesrepublik müssen so normal wie möglich gestaltet werden. Die angekündigte Initiative Bonns, das Schwergewicht ihrer künftigen aussenpolitischen Aktivität auf die Fortführung der westeuropäischen Integration zu verlegen, darf nicht zu einer Vernachlässigung dieser innen-deutschen Aufgabe führen, von deren Lösung die Wiedervereinigung mit abhängt, soweit sie im Bereich deutscher Möglichkeit liegt.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau